

Presse-Information

Martin-Luther-Straße 105, D-10825 Berlin
Pressestelle/Pressesprecher: Christoph Lang
Telefon (030) 90 13 74 18, Telefax (030) 90 13 82 81
E-Mail: pressestelle@senwaf.verwalt-berlin.de
Internet: www.berlin.de/wirtschaftssenat

1. Juni 2006

Sperrfrist: 1. Juni 2006 - Redebeginn 13.30 Uhr !

Es gilt das gesprochene Wort!

Harald Wolf im Bundestag:

Für einen gesetzlichen Mindestlohn

Berlins Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf, hat heute in der Debatte des Bundestags über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gesprochen. Dabei sagte er unter anderem:

„Die Diskussion um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns hat mittlerweile breite Teile der Gesellschaft erreicht – und das ist gut so. Nicht nur die Linke fordert einen Existenz sichernden Mindestlohn, auch die Gewerkschaften treten dafür ein. Selbst etliche Unternehmen und Branchen wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, zum Beispiel Gebäudereiniger oder Wachschutzunternehmen. Denn auch sie haben erkannt, dass Lohndumping in der Konsequenz dazu führt, dass es zunehmend schwieriger wird, zu Niedriglöhnen qualifiziertes Personal zu finden.

Die aktuelle Debatte über die Hartz-Gesetze hat gezeigt, dass immer mehr Menschen in Deutschland von ihrer Arbeit nicht mehr leben können und deshalb auf ergänzende Transferzahlungen des Staats angewiesen sind. Insofern hat Hartz IV den ungewollten Effekt eines gigantischen Kombilohn-Modells.

Das aber ist das Gegenteil einer kohärenten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, fördert die fortschreitende Erosion sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und leert die Kassen der sozialen Sicherungssysteme. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma ist die Einführung eines gesetzlichen, die Existenz sichernden Mindestlohns. Dieser berührt die Tarifautonomie nicht. Er definiert lediglich eine Untergrenze, die nicht unterschritten werden kann.

Je nach Branche unterschiedliche Mindestlöhne sind dagegen nicht sinnvoll. Denn schon heute gibt es Tariflöhne, die nicht mehr Existenz sichernd sind. Von seiner Arbeit muss man aber leben können. Sie darf nicht arm machen.

Frauen werden im Übrigen von der Einführung des Mindestlohns besonders profitieren. Denn 70 Prozent aller im Niedriglohnsektor Beschäftigten sind weiblich. Für viele von ihnen würde ein Mindestlohn zu mehr Einkommen führen. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist daher nicht nur wirtschaftspolitisch vernünftig und arbeitsmarktpolitisch notwendig sondern auch frauenpolitisch dringend geboten.“